



«Lust auf Familie?»

Sozialethische Überlegungen zur Familienpolitik

Wer will heute noch Kinder haben? Viele wollen es. Sie haben Lust, sich auf das faszinierende Abenteuer «Kind(er) und Familie» einzulassen. Nicht alle aber setzen ihren Wunsch auch in die Tat um – so der Familienbericht 2004 des Bundesrates. Jene, die sich auf eine Familiengründung einlassen, müssen sich nach der Geburt des ersten und spätestens nach der Ankunft des zweiten Kindes drängenden Fragen stellen: Grössere Wohnung – erhöhter Mietzins? Weniger Erwerbsarbeit – aber steigende Kosten? Mehr familiäre Verantwortung – wer übernimmt welche Rolle? Viele Eltern wollen ihren Aufwand für die Kinder nicht in Geld berechnet haben. Trotzdem spüren sie: Das Familienleben untersteht schwierigen Rahmenbedingungen. Perspe©tive fordert aus christlichsozialer Überzeugung, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so sein müssen, dass Lebensentwürfe mit Kindern gefördert



Abenteuer Familie

In einer Familie begleiten Erwachsene Kinder vom Säuglings- ins Erwachsenenalter und führen sie so in die Gesellschaft ein. Auf diesem Weg zum Erwachsenenleben braucht der junge Mensch viel Zuwendung, hilfreiche Geländer und immer wieder Unterstützung, soll er seine Selbstständigkeit finden. Diese Aufgabe ist für Eltern faszinierend, herausfordernd, verantwortungsvoll und vielleicht mit den tiefsten Emotionen verbunden, die das Leben bieten kann. Für viele Erwachsene gehört daher die Gründung einer Familie zu ihrem Lebensentwurf.

Kinderwunsch ja, aber...

Untersuchungen zeigen nun aber, dass der Kinderwunsch der Schweizer Bevölkerung grösser ist als die Anzahl Kinder, die wirklich zur Welt kommen. Höheres Durchschnittsalter bei der Geburt des ersten Kindes aufgrund längerer Ausbildungen, stärkere Erwerbs- und Berufsorientierung, Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf, aber auch finanzielle Probleme können bei der

sehen... urteilen... handeln!

Rücknahme des Kinderwunsches eine Rolle spielen. Heute haben Frauen in der Schweiz durchschnittlich noch 1,4 Kinder. Zwei Kinder müssten es sein, damit die Bevölkerung ohne Zuwanderung nicht abnimmt.

Ungleiche Verteilung der Familienarbeit

Die Hauptlast der Familienarbeit tragen auch heute noch die Frauen. Männer dagegen steigen nur langsam stärker in die Haus- und Familienarbeit ein. Hinzu kommen geschlechts- und branchenspezifische Unterschiede in der Entlohnung von Frauen und Männern – teilweise trotz gleicher Ausbildung. Wenn beide Ehepartner nach der Familiengründung erwerbstätig bleiben, so ist es die Frau, welche normalerweise ihre Erwerbsarbeit reduziert. Mehr als 50 % der erwerbstätigen Frauen leisten Teilzeitarbeit und sind als Mütter trotzdem vollumfänglich für Haushalt und Kinder zuständig. Nur 10 % der Paare nehmen diesbezüglich eine Aufgabenteilung vor.

Kinderhaben ist zunehmend ein Armutsrisiko

Kinder grosszuziehen kostet viel Geld



(durchschnittlich mind. 1400 Franken pro Monat). Familien sind deshalb überdurchschnittlich durch Armut gefährdet. Die Mehrheit der Familien gehört der unteren sozialen Schicht oder dem unteren Mittelstand an. Die Kantone greifen sehr unterschiedlich entlastend oder unterstützend ein. Steuerabzüge können sich zwischen Fr. 3000 und Fr. 16400 bewegen. Die Kinderzulagen bewegen sich zwischen Fr. 150 und Fr. 444. Nicht alle Familien profitieren davon. Selbstständigerwerbende erhalten meist keine Kinderzulagen, Teilzeitarbeitnehmende oft nur einen Teilbetrag davon.

Lebenssituationen von Familien: Nicht nur heile Welt

Viele Faktoren bestimmen die Situation und die Lebensqualität in Familien: Einkommen, Wohnsituation, Unterstützung durch Dritte (Grosseltern, Nachbarn, Kindertagesstätten). Sie alle beeinflussen die Zufriedenheit der Erwachsenen wie auch die Zufriedenheit und die Schulleistungen der Kinder. In der Schweiz hängt dabei der Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen stärker vom Bildungsstand und Beruf der Eltern ab als in anderen Ländern. Dem Schweizer Bildungssystem gelingt es im Unterschied zum Bildungssystem anderer Länder nicht, die ungleichen sozialen Voraussetzungen von Kindern und Jugendlichen auszugleichen.

Die Familie ist auch nicht immer der heile

Ort, wie wir das gerne haben würden. Der hohe Druck am Arbeitsplatz erhöht nebst anderen, z.B. finanziellen Schwierigkeiten den Stresspegel in den Familien. Das enge Zusammenleben in Familien prägt die Menschen daher nicht nur positiv, sondern ist oft die Ursache für Gewalterfahrungen, die v.a. Frauen und Kinder treffen.

Familie und Migration

In jeder dritten Familie in der Schweiz kommt wenigstens ein Elternteil aus dem Ausland. Ausländische Staatsangehörige und Kinder aus Migrationsfamilien leiden stärker als Schweizer Familien unter Benachteiligungen wie engem Wohnraum, Lärm oder verschmutzter Umgebung. Hinzu kommen Stress durch die oft unsichere Situation (Aufenthaltsfrage) und durch die erhöhten schulischen oder beruflichen Schwierigkeiten der Kinder. Auch erschweren innerfamiliäre Konflikte infolge veränderter Rollen- oder Normenverständnisse die Lebenssituation.

Fazit

Das Blitzlicht auf die Situation der Familien in der Schweiz lässt zwei Schlüsse zu: Erstens besteht in der Familienpolitik ein grosser und vielfältiger Handlungsbedarf. Zweitens ist Familienpolitik mit einer Vielzahl anderer Politikbereiche eng verbunden. Die Familienpolitik zeigt sich auch im Kleide der Gleichstellungspolitik,



urteilen...

Christliche Sozialethik steht auf dem Boden eines christlichen Menschenbildes. Dieses liegt auch dem Persönlichkeits-, dem Subsidiaritäts- und dem Gemeinwohlprinzip zu Grunde, die hier für die Familienpolitik als Wegweiser nutzbar gemacht werden.

Personalitätsprinzip

Gemäss Personalitätsprinzip soll jeder Mensch in seiner unverlierbaren und unantastbaren Würde respektiert und geachtet werden.

Familienpolitik, die sich am Persönlichkeitsprinzip orientiert, weiss um die unantastbare Würde jedes Kindes gleich welcher Rasse, Religion oder Nationalität. Sie setzt sich daher dafür ein, dass jedes Kind in einem familiären und gesellschaftlichen Umfeld aufwachsen kann, das ihm mit Respekt und Zuneigung begegnet. Zudem schützt sie das Kind vor Übergriffen, die seine Würde verletzen.

Sie verteidigt auch die Würde der Erwach-

senen (Eltern), welche die Kinder begleiten. Sie achtet insbesondere darauf, dass Personen, die Kinder aufziehen, weder auf dem Arbeitsmarkt noch am Arbeitsplatz oder in den Sozialversicherungen benachteiligt werden. Im Gegenteil: Sie sucht Wege, wie sie explizit die Leistungen der Familien zugunsten der Gemeinschaft anerkennen kann.

Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Ordnungsprinzip. Es regelt die Zuteilung der Verantwortung und sagt damit etwas aus über den Aufbau eines Systems und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen eines Systems. Die zentrale Forderung des Subsidiaritätsprinzips ist dabei, dass eine übergeordnete Instanz nicht Aufgaben und Entscheidungen an sich reissen soll, welche eine untergeordnete Instanz (besser) lösen kann. Zudem verlangt das Subsidiaritätsprinzip, dass die übergeordneten Instanzen im Dienste der untergeordneten Ebenen stehen.

Familienpolitik, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientiert, wehrt sich gegen die Meinung, dass Kinderha-

ben reine Privatsache sei. Sie weiss darum, dass das «private» Familienleben in eine vielschichtige gesellschaftliche Wirklichkeit eingebunden ist. Die unterschiedlichen Teilsysteme (Staat, Wirtschaft, Kirchen, Sport, Schulen etc.) haben daher zu fragen, ob sie familiengerecht organisiert sind oder ob sie durch ihre Strukturen das Familienleben erschweren. So ist zu überlegen, ob z.B. kantonal unterschiedliche Regelungen in vielen Bereichen angesichts heutiger Mobilität und Arbeitssituation noch familiengerecht sind.

Zudem erbringen Familien nicht nur private, sondern auch gesellschaftliche Leistungen. Sie ermöglichen die Weiterexistenz einer Gesellschaft. Sie führen junge Menschen zur Selbstständigkeit und vermitteln ihnen Werthaltungen, die gesellschaftlich bedeutsam sind. Dafür verdienen sie von der Politik Anerkennung.

Ferner hat die Politik nach dem Subsidiaritätsprinzip auch eine Antwort darauf zu geben, wie sie Familien vor Überforderung schützen oder bei eingetretener Überforderung entlasten kann. Die Rolle der Elternbildung wird diesbezüglich von der Politik unterschätzt.

Das Subsidiaritätsprinzip stellt allerdings



auch klar, dass trotz Unterstützung durch das Umfeld die Hauptverantwortung für die Kinder bei den Eltern bleibt. Sie sollen daher ihren Lebensentwurf darauf ausrichten und können nicht alles von andern erwarten. Wer Familienhabe als Hobby bezeichnet, verkennt die gesellschaftliche Rolle der Familie. Umgekehrt hat aber das Umfeld (Verwandte, Gemeinde, Schule, Wirtschaft, Staat) danach zu fragen, wie es die Rahmenbedingungen gestalten muss, dass Lebensentwürfe mit Kindern möglich bleiben und wieder besser möglich werden und wie es unterstützend wirken kann.

Das Subsidiaritätsprinzip hat aber auch Forderungen an die heranwachsenden Buben und Mädchen. Sie sollen mit zunehmendem Alter vermehrt persönliche und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und so ein tragender Teil der Gesellschaft werden. Dazu müssen ihnen aber auch der nötige Freiraum und Mitbestimmungsmöglichkeiten zugestanden werden.

Gemeinwohlprinzip

Das Gemeinwohlprinzip hat die Gleichwertigkeit aller Menschen zur Basis. Unterschiede und Differenzen sind zwar nicht zu vermeiden. Sie dürfen aber nicht zu gross werden. Bei allen Massnahmen ist zu fragen: Wer profitiert und wer trägt die Lasten?

Familienpolitik, die sich am Gemeinwohlprinzip orientiert, weiss: Familienpolitische Massnahmen sollen solidarisch (d.h. die Lasten sollen gemeinsam getragen werden) und gerecht sein (d.h. niemand soll übermässig profitieren oder belastet werden).

Angesichts der Leistungen der Familie für die Gesellschaft wie auch angesichts der Kosten für die Kinder, ist es angezeigt, dass die Gesellschaft Leistungen für die Familien erbringt. Das können stützende Strukturen wie auch finanzielle Zuwendungen sein. Diese sollen solidarisch von allen finanziert werden.

Bei der Zuteilung von Kosten und Nutzen ist darauf zu achten, dass sie gerecht verteilt

Aktuelle politische Diskussion

Die Verbesserung der Kinderzulagen ist sowohl in einzelnen Kantonen als auch beim Bund aktuell. Neben einer Erhöhung des Betrags soll in Zukunft jedes Kind eine Zulage erhalten. Heutige Lücken für Selbständi-

gerwerbende und Teilzeitarbeitende

sind und zusätzliche Benachteiligungen möglichst vermieden werden. Eine Analyse zeigt, dass Steuerabzüge Familien mit tiefem Einkommen benachteiligen. Sie kommen einkommensschwachen Familien nicht zu Gute und helfen gerade diesen Familien nicht. Hier sind Ansätze auf der Basis von Kinderzulagen, die pro Kind eine Zulage umfassen, stärker der Solidarität und dem Gemeinwohl verpflichtet (vgl. Kasten).



Fazit

Eine christliche Sozialethik betont, dass die Hauptverantwortung für die Erziehung der Kinder bei den Eltern liegt. Sie weist aber auch darauf hin, dass die Familien durch ihre Leistungen für die Gesellschaft wie auch durch ihre vielfältige Verknüpfung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen ein Recht auf Unterstützung haben. Darum hat die Familienpolitik Rahmenbedingungen zu schaffen, die Lebensentwürfe mit Kindern ermöglichen und fördern.

Steuerabzüge und Kinderzulagen im Vergleich

Wenn alles Geld, das heute über Steuerabzüge und Kinderzulagen den Familien zugute kommt,

nur in Steuerabzüge investiert wird, so profitieren vor allem die wohlhabenden Familien:

Begünstigung bei einem Haushaltseinkommen von Fr. 45000: ca. Fr. 3500.

Begünstigung bei einem Haushaltseinkommen von Fr. 175000: ca. Fr. 9000.

nur in Kinderzulagen investiert wird, so profitieren vor allem die Familien mit niedrigem Einkommen:

Begünstigung bei einem Haushaltseinkommen von Fr. 45000: ca. Fr. 6800.

Begünstigung bei einem Haushaltseinkommen von Fr. 175000: ca. Fr. 3500.



Was ist nun aus christlichsozialer Sicht familienpolitisch konkret zu tun? Aus der Beobachtung der aktuellen Situation und unter Beachtung der Prinzipien der christlichen Soziallehre ergeben sich folgende Forderungen:

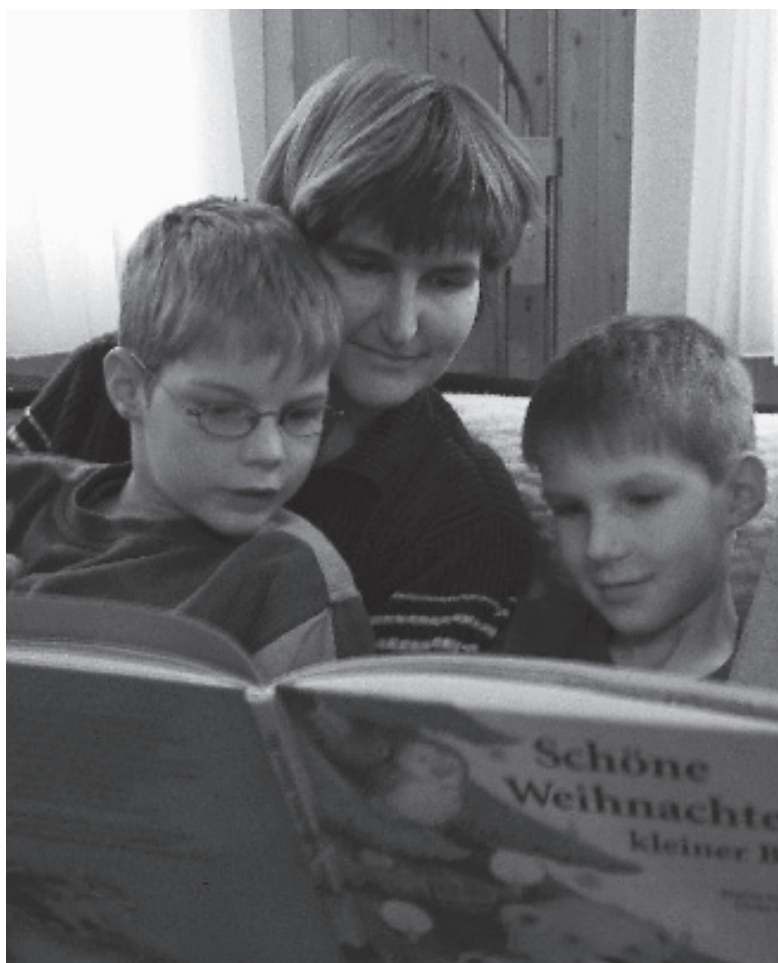
1. Familienpolitik muss vermehrt eine gesamtschweizerische Angelegenheit werden.

Angesichts der grossen Mobilität und der kurzen Distanzen in der Schweiz erschweren die vielen kantonalen Unterschiede das Familienleben. Unterschiedliche Lehrpläne vor allem in den Fremdsprachen stehen einem Umzug in einen anderen Kanton im Wege. Bei Berufswechseln über die Kantons Grenzen hinweg ist es für Eltern kaum abzuschätzen, welche finanziellen Folgen es aufgrund der unterschiedlichen Steuerabzüge und Kinderzulagen auf das Familienbudget hat. Gänzlich ungerecht wird es, wenn Familien zwar im gleichen Dorf wohnen, aufgrund des Arbeitsortes in einem anderen Kanton aber unterschiedliche Kinderzulagen erhalten. Aus Sicht der Familien ist daher eine schweizweite Harmonisierung von Gesetzen und Massnahmen anzustreben.

2. Kinderzulagen sind keine Geschenke, sondern Zeichen gesellschaftlicher Anerkennung und sind für alle Kinder auszurichten.

In einer Welt, in der alles mit Geld gemessen wird, können die Leistungen der Familien für die Gesellschaft nicht einzig der (unbezahlten) Freiwilligenarbeit und dem Goodwill zugerechnet werden. Die Orientierung am Gemeinwohl wie das Solidaritätsprinzip fordern eine angemessene finanzielle Unterstützung der Familien.

Kinderzulagen sind dabei Steuerabzügen vorzuziehen. Sie kommen verstärkt jenen Familien mit mittleren und tiefen Einkommen zugute, wo auch der grösste Teil der Kinder lebt. Von Steuerabzügen hingegen profitieren vor allem die höheren Einkom-



men.

Kinderzulagen sind auch der Bedarfsleistung vorzuziehen. Unter Bedarfsleistungen werden Gelder verstanden, die ausbezahlt werden, wenn eine Familie ausweisen kann, dass ihre Mittel nicht genügen. Eine solche Art der Unterstützung wertet den Empfänger ab, weil sie ihm sagt: «Du bist nicht fähig deine Familie selber zu ernähren. Darum brauchst Du staatliche Hilfe.» Kinderzulagen hingegen geben dem Empfänger zu verstehen, dass er eine für die Gesellschaft wichtige Leistung erbringt. Das ist ein positives Zeichen und wertet die Familienarbeit auf. Sie ist allen Familien auszubezahlen – unabhängig von Herkunft, Status und Stand.

3. Familienarbeit und Beruf(slaufbahnen) müssen miteinander vereinbar sein.

Die Familienrealität zeigt, dass mit der Gründung einer Familie heute übermässig

viele berufliche Nachteile und Einbussen verbunden sind. Eltern sind schon heute bereit, zu Gunsten der Kinder auf vieles zu verzichten. Hier muss auf Grund des Gemeinwohlprinzips festgestellt werden, dass in der gegenwärtigen Zeit Eltern und Familien übermässig viel Lasten tragen (Zukunftssicherung, Aufziehen der nächsten Generation, kleinere Renten im Alter wegen Elternschaft, geringere Ersparnisse). Aufgrund des gesellschaftlichen Nutzens, den Familien erbringen, sollen politische Verantwortliche die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Laufbahn besser regeln. Dazu gehören etwa die Schaffung von angemessenen Schulformen (Tageschulen, Mittagstische, Blockzeiten). Aber auch Kinderkrippen oder die Gleichstellung von Teilzeit- und Vollzeitarbeit im Bereich der Sozialversicherungen und der Altersvorsorge.

4. Unternehmen und Branchen sind in die Pflicht

Wichtige Bücher und Internetseiten zur Familienpolitik

- Kissling Christian, Familie am Ende? Ethik und Wirklichkeit einer Lebensform. NZN Verlag 1998 (ISBN 3-85827-125-X, 176 Seiten, ca. 28.– Fr.)
- Tobias Bauer, Silvia Strub und Heidi Stutz: Familien, Geld und Politik, Verlag Rüegger, Zürich / Chur 2004, ISBN 3-7253-0761-X (Nationalfonds NFP 45)
www.sozialstaat.ch/d/sicherheit/bauer.html
- Eidg. Departement des Innern (Hrsg.), Familienbericht 2004. Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik, 2004.
www.bsv.admin.ch/fam/projekte/d/familienbericht.html
- Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF). Beratendes Organ für das Eidg. Departement des Innern (EDI). www.bsv.admin.ch/organisa/kommiss/ekff/d/
- Schweizerischer Katholischer Frauenbund (SKF). Publikationen: www.frauenbund.ch
- www.kinderzulagen.ch: Eine Initiative von Travail.Suisse für faire Kinderzulagen.
- www.kinderschweiz.ch: Ein Verein zur Unterstützung von Kindern, deren Eltern und für ein familien- und kinderfreundliches Umfeld.

genommen, Familienleben zu unterstützen.

Weil Unternehmen nicht losgelöst vom Staat und der Gesellschaft funktionieren, sind auch sie aufgefordert, subsidiär das Familienleben zu unterstützen. Gleicher Lohn für Frauen und Männern sollte selbstverständlich sein. Nebst der Förderung von Teilzeitarbeit muss eine Eltern-Verträglichkeitsprüfung angestrebt werden. Diese fragt nach den Chancen und Möglichkeiten, Elternsein mit Berufsausübung zu verbinden – für Männer und Frauen! Es sollte auch in den Interessen der Branchen und ihren Verbänden liegen, die teilweise grossen Unterschiede innerhalb und zwischen den Branchen über Gesamtarbeitsverträge zu verringern.

5. Das wichtigste Gut einer Familie ist die Zeit

Die Erziehung und Begleitung von Kindern braucht Zeit, viel Zeit. Kinder brauchen Bezugspersonen, die – angepasst an das Alter der Kinder – regelmässig für sie da sind. Sie brauchen Bezugspersonen, die da sind, wenn sie nach Hause kommen, die ihnen bei den Aufgaben helfen, die von ihnen etwas verlangen, nach ihnen fragen, tägliche Auseinandersetzungen mit ihnen wagen. Dies muss nicht – wie im traditionellen Familienbild – die Mutter sein. Aber eine Präsenz muss garantiert werden können. Diese Präsenz kostet. Was ist, wenn ein Lohn für die Familie nicht genügt und beide arbeiten müssen? Wenn Infrastrukturen fehlen oder für Zwei- oder Einelternfamilien nicht be-

zahlbar sind? Oder Eltern die Wichtigkeit dieser Aufgabe nicht mehr begreifen, weil Familienarbeit gegenüber Berufsarbeit abgewertet ist?

Bei der Zeitfrage ist die Familienpolitik herausgefordert. Familien- und Unternehmenspolitik müssen Verhältnisse schaffen, dass Lebensentwürfe mit Kindern gerade auch zeitlich möglich bleiben und attraktiv sind. Dabei sind auch neue Ideen zu entwickeln, wie Familien mehr Zeit füreinander finden (vgl. Kasten). Ebenso sind aus familienpolitischer Sicht grosse Fragezeichen gegenüber Entwicklungen angebracht, welche aus wirtschaftlichen Gründen den Sonntag vermehrt zum Arbeitstag machen und damit den Sonntag als Familientag abwerten.

Impressum

Herausgeberin

Union der Christlichsozialen, Geschäftsstelle
Linsebühlstrasse 91, 9000 St.Gallen
Telefon/Fax 071 220 16 14, www.uks-ch.org

Redaktion

Sozialinstitut KAB, Ausstellungsstr. 21, Pf. 1663, 8031
Zürich
Telefon 01 271 00 32, www.sozialinstitut-kab.ch
Bildungsinstitut für Arbeitnehmende ARC
Hopfenweg 21, Pf. 5775, 3001 Bern
Telefon 031 370 21 11, www.travailsuisse.ch

Verantwortlich für diese Nummer:

Bruno Weber-Gobet, Leiter Bildungsinstitut ARC.
Thomas Wallimann, Leiter Sozialinstitut KAB.

Preis:

Einzelnummer: Fr 4.80
Abonnement: Fr. 12.00 (4 Nummern)
Satz à 10 Stück: Fr. 12.00
Satz à 50 Stück: Fr. 40.00
(+Versandkosten).

Bestelladresse: www.uks-ch.org oder Telefonbeantworter und Fax 071 220 16 14